

Tempo-30-Fans auf der Überholspur

Grosse Überraschung am Abstimmungssonntag: In der Strassenschlacht folgt das Stimmvolk dem rotgrünen Lager. Sowohl Verkehrsflussinitiative als auch Gegenvorschlag erlitten an der Urne eine Niederlage.

Fabian Babic

SCHAFFHAUSEN. In verkehrspolitischen Fragen herrscht selten Einigkeit im Schaffhauser Politbetrieb. Gestern war man sich allerdings von links bis rechts zumindest in einer Sache einig: Das Resultat der Verkehrsabstimmung ist eine faustdicke Überraschung.

Zur Debatte standen die Verkehrsflussinitiative der EDU sowie der Gegenvorschlag aus der Feder des Regierungsrats und mit mehrheitlicher Unterstützung des Kantonsrats. Beide waren sie vor dem Stimmvolk schliesslich chancenlos. 53,3 Prozent der Stimmberechtigten sagten Nein zur Initiative, 53,7 Prozent sagten Nein zum Gegenvorschlag. Der Abstand zwischen den beiden Lagern lag bei satten 2168 (Initiative) respektive 2332 (Gegenvorschlag) Stimmen. Bei der Stichfrage, die aufgrund des doppelten Neins obsolet geworden war, überwog der Gegenvorschlag mit einem Anteil von 53,1 Prozent.

Überraschend ist das Resultat zumindest im Hinblick auf die parteipolitischen Gräben. Während bürgerlich-konservative Kräfte für ein doppeltes Ja weibelten, kämpfte das rotgrüne Lager gegen die Initiative wie auch gegen den Gegenvorschlag. Daher ist dieses verkehrspolitische Votum an der Urne im bürgerlich geprägten Kanton bemerkenswert.

Dass hier aber nicht das typische Links-Rechts-Schema ausschlaggebend war, zeigt sich auch daran, dass es keinen merklichen Stadt-Land-Graben gibt. Auch wenn die Stadt Schaffhausen deutlich Nein gesagt hat, war sie allein nicht ausschlaggebend für das Resultat. So waren Gegenvorschlag und Initiative



Freuen sich über das Resultat: Roland Müller (Grüne), Timo Würsch (GLP), Matthias Frick (SP), Sebastian Schmid (GLP) und Maurus Pfalzgraf (Grüne).
Bild: Roger Hofstetter

auch auf dem Land umstritten. Mit Hallau, Neunkirch, Stetten und Wilchingen haben gar vier Gemeinden beide Vorlagen versenkt. In 15 Gemeinden unterstützte eine Mehrheit die Initiative, in 11 versammelte der Gegenvorschlag eine Mehrheit auf sich.

Damit ist klar: Am bestehenden Tempo-Regime auf Kantonsstrassen wird vorerst nicht gerüttelt. Mit dem doppelten Nein bleibt der Status quo erhalten. Für den Kanton gibt es also keine neuen Regeln, unter welchen Umständen er Tempo-30-Reduktionen veranlassen darf.

«Gemeinden wollen selbst entscheiden»

Für Grünen-Kantonsrat Maurus Pfalzgraf, der die Initiative zunächst vor Bundesgericht und schliesslich an der Urne bekämpf-

te, war der Abstimmungssonntag ein Freudentag. In seinen Augen seien zwei Punkte ausschlaggebend für das Resultat gewesen: «Erstens ist es nicht nur die Stadt Schaffhausen, die bei sich Tempo 30 einführen möchte. Das wurde oft fälschlicherweise behauptet. Auch andere Gemeinden hegen diesen Wunsch.» Und: «Zweitens wollen die Gemeinden selbst entscheiden, wo Tempo 30 Sinn ergibt und wo nicht.»

Gerade in diesem Punkt setzt Pfalzgraf viel Hoffnung auf eine kürzlich von der SP lancierte Volksmotion. Diese fordert, dass die Kompetenz zur abschliessenden Entscheidung über Verkehrsanordnungen im Siedlungsgebiet bei der Standortgemeinde liegen soll – egal, ob es eine Kantons- oder Gemeindestrasse ist. «Nach dem

klaren Resultat appelliere ich an den Kantonsrat, diese Volksmotion ernst zu nehmen.»

Während Linksgrün feiert, ist das bürgerliche Lager betrübt. Andreas Schnetzler, EDU-Kantonsrat und Co-Initiant, sagt offen: «Die Enttäuschung ist riesig. Da muss ich ehrlich sein. Ich habe mindestens erwartet, dass der Gegenvorschlag durchkommt. Das doppelte Nein überrascht mich extrem.»

Dass es vom Land so viele Nein-Stimmen geben würde, damit habe er gar nicht gerechnet. In diesem Zusammenhang schätzt Schnetzler das Argument der beschnittenen Gemeindeautonomie als gewichtig ein. Er schiebt allerdings ein: «Es entspricht nicht der Realität. Jetzt entscheidet der Regierungsrat. Daran ändert sich mit dem Nein nichts.»

Neben den Initianten zählt auch der Regierungsrat, der den Gegenvorschlag ins Rennen geschickt hat, zu den Verlierern der Abstimmung. Doch Baudirektor Martin Kessler (FDP) zeigt sich auf SN-Nachfrage entspannt: «Ich kann gut mit dem Resultat leben. Es bestätigt, dass das Regime, das wir bis anhin hatten, gar nicht so verkehrt ist.»

Tempostreit geht in die nächste Runde

Laut Kesslers Deutung zeigt das Abstimmungsergebnis, dass die Problematik rund um Tempo-30-Reduktionen auf Kantonsstrassen «sehr, sehr begrenzt» sei. «Wenn Tempo 30 eingeführt wird, dann hat das klare Gründe – zum Beispiel, wenn es um Sicherheit oder Lärm geht.» In seinen Augen sei das Resultat auch kein Indikator, dass es grundsätzlich einen Handlungsbedarf für mehr Tempo 30 gebe. «Bis anhin haben wir das sehr vernünftig gemacht. So wollen wir auch weiterfahren.»

Im Hinblick auf den Disput mit dem Schaffhauser Stadtrat, dem zuletzt Kompetenzen bei Tempo-Verordnungen entzogen wurden, sieht Kessler im Volksvotum keinen Hinweis für eine Kursänderung. «Die Stadt hat weiterhin ihr Antragsrecht für Temporeduktionen. Das kann sie auch nutzen.» Bei der Steig- und Bachstrasse werde man die Frage nach Tempo 30 dann im Zuge der Strassensanierungen erneut prüfen.

Mit der Volksmotion der SP könnte der Stadtrat in dieser Debatte nun doch etwas mehr Gewicht bekommen – vorausgesetzt der Kantonsrat lässt sich nach der Abstimmung zur Umkehr bewegen, denn er hat überhaupt erst den Entscheid gefällt, die Stadt zu entmachten.

Kommentar

Das Nein ist kein Schlusstrich

Die Leistungsfähigkeit des Verkehrsflusses im Kanton erhält einen vermeintlichen Dämpfer: Weder die starre Verkehrsflussinitiative noch der moderatere Gegenvorschlag findet eine Mehrheit. Damit hat das Volk einer kantonsweit festgeschriebenen Leitplanke für Tempo 50 den Riegel vorgeschoben.

Wer nun glaubt, mit dem Slogan «Gemeinden nicht überfahren» sei automatisch mehr Gemeindeautonomie gewonnen, irrt. Auf den Kantonsstrassen bestimmt weiterhin der Kanton. Gerade in der Stadt hat er diese Kompetenz jüngst sogar ausdrücklich an sich gezogen.

Das macht das Resultat interessant: Die Stimmberechtigten wollen offenbar keinerlei Tempo-50-Korsett – entschieden haben sie aber nicht, wer künftig wie weit gehen darf.

Damit beginnt der Streit erst recht. Der Kanton muss sagen, ob er seinen Machtanspruch auf die für das Verkehrssystem der ganzen Region zentralen Bach- und Steigstrasse aufrechterhält. Und die Stadt sollte endlich offenlegen, wohin sie mit Tempo 30 will, statt dies weiterhin hinter Gutachten und Einzelentscheidungen verschwinden zu lassen.



Mark Liebenberg
Redaktor

Nach Neutralitäts-Schlappe: Das sagen De Ventura und Germann

Nationalrätin Linda De Ventura (SP) und Ständerat Hannes Germann (SVP) haben unterschiedliche Erklärungen für das Ergebnis.

Saskia Baumgartner

SCHAFFHAUSEN. Die Neutralitätsinitiative der SVP hatte weder schweizweit noch in Schaffhausen eine Chance. Im Kanton sagten 63,5 Prozent Nein. Einzig Beggingen und Büthenhardt waren für eine strengere Auslegung der Neutralität – sie sagten beide mit rund 64 Prozent Ja.

SVP-Ständerat Hannes Germann führt das Ergebnis auf eine Verunsicherung in der Stimmbevölkerung zurück. «Einerseits wollen die Leute Neutralität, andererseits ist es der Gegnerschaft gelungen, aufzuzeigen, dass die Schweiz militärisch auf Bündnisse angewiesen ist.» Die Sorgen um den Wegfall möglicher notwendiger internationaler Kooperationen hätten wahrscheinlich viele zu einem Nein bewegt.

Germann hatte sich in Bern ursprünglich für einen Gegenvorschlag zur Neutralitätsinitia-

tive starkgemacht. «Der Gegenvorschlag hätte aufgenommen, dass die Schweiz neutral ist und als neutrale Vermittlerin zur Verfügung steht.» Germann ver-

«Die Leute sind zufrieden, so wie es ist.»



Hannes Germann
Ständerat

weist auf den Angriffskrieg auf die Ukraine. Die Ukraine hatte sich 2022 gewünscht, dass die Schweiz sie diplomatisch durch ein Schutzmachtmandat vertritt. Russland war dagegen, weil die Schweiz EU-Sanktionen übernommen hatte. «Die Neutralität ist dadurch zumindest angekratzt worden», findet Germann.

Für den SVP-Ständerat ist nach der Abstimmung klar: «Die Leute sind zufrieden, so wie es ist.» Aufgabe des Parlaments sei es nun, die Neutralität vom Bundesrat einzufordern und Druck auszuüben, falls dieser in ihren Augen falsch liege. «Es braucht einen gewissen Spielraum, aber man darf die Neutralität nicht grundsätzlich infrage stellen und ad absurdum führen.» Germann lässt durchblicken, dass seine Partei sich nicht länger mit der Abstimmungsniederlage aufhalten wird. Intern befasse man sich schon längst mit den neuen EU-Verträgen. «Das ist

die entscheidende Schlacht, die geschlagen wird.»

SP-Nationalrätin Linda De Ventura ist erleichtert über das Abstimmungsergebnis. «Es zeigt, dass Sanktionen breit abgestützt sind in der Bevölkerung. Es ist ein Sieg für das Völkerrecht und das Menschenrecht.» De Ventura sagt: «Die Schweizerinnen und Schweizer sind dagegen, dass Putin die Ukraine bombardieren und gleichzeitig in der Schweiz Geschäfte machen kann.» De Ventura ist auch Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Sie findet: «Es ist ein ganz veraltetes Bild, wenn man denkt, dass sich die Schweiz ohne Kooperationen und ohne gemeinsame Übungen verteidigen kann.» Umso glücklicher sei sie über das deutliche Signal an die Partnerinnen und Partner in der EU. «Wir wollen weiterhin mit ihnen kooperieren und auch die Sanktionen weitertragen. Wir wollen

nicht die Einzigen in Europa sein, die keine Sanktionen gegen Kriegsverbrecher verhängen.»

Das Ergebnis zeige, dass die aktuelle Auslegung der Neutra-

«Es ist ein ganz veraltetes Bild, wenn man denkt, dass sich die Schweiz ohne Kooperationen verteidigen kann.»



Linda De Ventura
Nationalrätin

lität für die Bevölkerung «okay» sei, findet De Ventura. Angesichts der klaren Ablehnung der Initiative könne man darüber diskutieren, künftig beim Thema Sanktionen noch einen Schritt weiterzugehen. Aktuell übernehme die Schweiz viele EU-Sanktionen nicht – hier könne man mutiger sein. Oder man könnte dafür sorgen, dass die Schweiz nicht nur Sanktionen übernehmen, sondern auch selbst ergreifen kann, was derzeit nicht möglich ist. De Ventura kritisiert, wie die SVP mit dem Abstimmungsergebnis umgeht. Als die Ablehnung der Neutralitätsinitiative absehbar war, habe die Partei versucht, die Verantwortung an Christoph Blocher und Pro Schweiz abzuschieben. Das sei feige. «Es war klar auch eine SVP-Initiative und die Bevölkerung hat gemerkt, dass diese sicherheitspolitisch gefährlich gewesen wäre und uns in Europa isoliert hätte.»